

Pressemitteilung:"NEIN ZUR ZERSTÖRUNG VON FELDRINGER BÖDEN UND SCHAFFJOCH" (04.12.2018)

Supergau abgewandt - Katastrophe verlängert

Keine Feststimmung kommt bei den Vertretern der überparteilichen Bürgerinitiative "NEIN ZUR ZERSTÖRUNG VON FELDRINGER BÖDEN UND SCHAFFJOCH" nach der Entscheidung zur Fortschreibung der Seilbahngrundsätze auf.

"Für uns ändert sich nichts. So lange Projekte wie der Zusammenschluss Hochoetz-Kühtai oder die Verbindung Kappl - St.Anton über das Malfontal grundsätzlich genehmigungsfähig sind, ist das Regelwerk das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben ist."

Mit diesem Regierungsübereinkommen wird eine Fehlentwicklung fortgesetzt, die ihre Ursache in der Novelle zum TSSP 2005 im Jahre 2011 hat. Damals wurde den Wünschen der Seilbahnlobby nach Expansionsmöglichkeiten über die festgelegten Schigebietsgrenzen hinaus entsprochen.

In den Folgejahren hat man mit Worthülsen wie "Abrundungsprojekt" oder "Lückenschluss" das wahre Ausmaß der Umweltzerstörung kleingeredet und versucht, die Bevölkerung zu täuschen.

Dass man mit dem nun ad acta gelegten Entwurf den Bogen überspannt hatte, wurde nicht zuletzt durch unsere erfolgreiche Petition und das große Echo unserer Diskussionsveranstaltung deutlich. Die Rückkehr zur alten Praxis bedeutet, dass Erweiterungen Jahr für Jahr möglich sind und sich so in ein Schigebiet wie ein Krebsgeschwür in die Landschaft ausbreiten kann.

Den Gipfel der Unverfrorenheit stellt jedoch die nun geschaffene Möglichkeit für neue Zubringerbahnen vom Tal aus dar, die angeblich der Verkehrsentflechtung dienen sollen. Im Klartext heißt das, dass der durch zu viele Lifte verursachte Verkehr durch noch mehr Lifte bekämpft werden soll. Diese Strategie erinnert an die Argumente der amerikanischen Waffenlobby, die die zunehmende Zahl von Gewalttaten durch weitere Aufrüstung eindämmen möchte.

Der wahre Hintergrund dürften wohl Pläne für eine durchgehende Liftverbindung durch das Zillertal sein.

Wenn der Landeshauptmann auf das Behördenverfahren als letzte Instanz verweist und damit auch das abgelehnte Projekt Kappl - St.Anton anspricht, dann kann das wohl nur ironisch gemeint sein. Die Entscheidung wurde nämlich nicht in Tirol, sondern in Wien getroffen, mit der Begründung, dass Naturschutz über touristische Interessen zu stellen ist.

Der einzige, der die Signale richtig zu deuten scheint, ist der neue WK-Präsident Walser. Im Gegensatz zur Regierung und deren grünen "Umweltfightern" spricht er von Ausbaugrenzen und einer breit angelegten Grundsatzdiskussion über die Zukunft des Tourismus.

Natürlich geht es auch und vor allem um Geld, viel Geld, das in die Kassen des Landes gespült wird. Und Geld macht abhängig. "Die Fugger der Neuzeit" sind nicht mehr in Augsburg, sondern im hinteren Ötztal und im Zillertal zu finden.

Für uns als Bürgerinitiative bedeutet das, dass wir unsere Anstrengungen zum Schutz der Natur noch weiter verstärken werden. Die Menschen werden die Zerstörung ihrer Bergwelt nicht einfach hinnehmen. Vielleicht findet der Widerstand schon bald auf der Straße oder auf dem Landhausplatz seinen Ausdruck.